

Braunkohlentag 2022

Braunkohle bleibt ein verlässlicher Partner für den Industriestandort Deutschland

In der Energie- und Klimapolitik ist die sichere Versorgung mit Energie ein aktuell viel diskutiertes Thema. Das hat auch dazu geführt, dass die heimische Braunkohle wieder stärker wahrgenommen wird, stellte Dr. Philipp Nellessen, neugewählter Vorstandsvorsitzender des DEBRIV, anlässlich des Braunkohlentags 2022 in Radebeul fest. Tagebaue und Kraftwerke sorgen nach wie vor dafür, dass 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche, Strom und Wärme zur Verfügung stehen. Vor allem die Braunkohleländer zeigen eindrucksvoll, wie zuverlässige Energiepolitik gemacht wird, erklärte Nellessen.

Im Rheinland wurden 2021 in den Tagebauen Garzweiler, Hambach und Inden rund 63 Millionen Tonnen (Mio. t) Braunkohle gewonnen. Das entspricht einem Plus von gut 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Markt- und witterungsbedingt lag die Stromnachfrage höher als im Vorjahr und in der Konsequenz auch die Braunkohlegewinnung. Neben Strom hat das Unternehmen fast 10 Mio. t Braunkohle zur Herstellung von Veredelungsprodukten genutzt. RWE Power hat bereits gesetzeskonform fünf Kraftwerksblöcke mit jeweils 300 Megawatt (MW) Kapazität an den Standorten Niederaußem, Neurath und Weisweiler stillgelegt. Die Tagebaue Hambach und Inden werden bereits Ende 2029 auslaufen, so dass danach nur noch der Tagebau Garzweiler verbleibt. Für die Tagebaue Hambach und Garzweiler laufen derzeit Braunkohlenplanverfahren, ebenso für eine zu errichtende Rheinwassertransportleitung, um die Flutung beider Restlöcher zu ermöglichen und zu beschleunigen.

In Mitteldeutschland hat die MIBRAG im vergangenen Jahr in den Tagebauen Profen und Vereinigtes Schleenhain mehr als 16 Mio. t Rohbraunkohle gefördert. Dies ist ein erfreuliches Plus von etwa einem Drittel. Die genehmigten Lagerstättenvorräte reichen bis zur geplanten Abschaltung der Kraftwerke Lippendorf und Schkopau Mitte der 2030er-Jahre. Die MIBRAG hat zum Jahreswechsel 2021/22 das Industriekraftwerk Deuben außer Betrieb genommen. Damit gingen 85 Jahre mitteldeutsche Industriegeschichte zu Ende. In beiden genannten Tagebauen sind die mit hohen Investitionssummen verbundenen Wechsel in neue Abbaufelder innerhalb der Tagebaue weitgehend abgeschlossen. Beim Tagebau Vereinigtes Schleenhain hat die MIBRAG zugestimmt, den Ort Pödelwitz und das Abbaufeld Grotzischer Dreieck nicht mehr in Anspruch zu nehmen. Die ROMONTA als weiteres in Mitteldeutschland ansässiges Braunkohleunternehmen gewinnt im Tagebau Amsdorf nahe Halle etwa 500.000 Tonnen Rohkohle pro Jahr. Sie stellte 2021 daraus rund 14.000 Tonnen Rohmontanwachs her.

In der Lausitz produzierte die LEAG 2021 fast 47 Mio. t Braunkohle. Die Nettostromerzeugung lag mit 44,6 Terawattstunden (TWh) auch in der Lausitz deutlich höher als geplant. Die LEAG hat Anfang 2021 eine Revierplanung beschlossen, die an das KVBG und an den mit der Bundesregierung geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrag angepasst ist. In Sachsen hat das Unternehmen den Umfang des Tagebaus Reichwalde im Vergleich zu den vorherigen

«Tagebaue und Kraftwerke sorgen dafür, dass 24 Stunden am Tag und sieben Tage die Woche Strom und Wärme zur Verfügung stehen.»

DR. PHILIPP NELLESSEN,
DEBRIV-VORSTANDSVORSITZENDER

Mit einer Dokumentation des
Braunkohlentags 2022

Planungen reduziert. Im Tagebau Nochten ist weiterhin geplant, das Teilfeld Mühlrose in Anspruch zu nehmen. Die Lage des Tagebaus, die Beschaffenheit der jeweiligen Kohle sowie der Tagebaufortschritt lassen keine Alternative, um insbesondere das Kraftwerk Boxberg langfristig zu versorgen. Die Kohlegewinnung im Tagebau Jänschwalde soll Ende 2023 auslaufen. Der Tagebau Welzow-Süd soll nicht in den räumlichen Teilabschnitt II fortgeführt werden. Damit trägt die LEAG dem brandenburgischen Koalitionsvertrag Rechnung. Die Anpassung der Revierplanung bedeutet einen Verzicht auf viele Millionen Tonnen Kohle, die in den meist bereits genehmigten Feldern lagern.

Der Strukturwandel hat begonnen

Der Strukturwandel, so Nellessen, habe in allen Revieren begonnen. Die Braunkohleunternehmen seien dabei, ihn aktiv mitzugestalten. Die LEAG strebe an, sich mit dem Revierkonzept mittel- und langfristig zu einem breit aufgestellten Energie-, Infrastruktur- und Serviceunternehmen zu entwickeln. Dazu gehöre die Nutzung erneuerbarer Energien auf rekultivierten Bergbauflächen, aber auch der Aufbau von Stromspeicherkapazitäten sowie netzdienlicher Gas- und Wasserstoff-Hybrid-Kraftwerke und die Entwicklung eines heimischen Wasserstoffsektors.

Im Rheinland unterstützt die RWE Power AG nicht nur die drei Tagebauplanungsverbände, sondern auch die Zukunftsagentur Rheinisches Revier. Letztere wurde von der Landesregierung eingesetzt und soll übergeordnet die Zukunft des Reviers unterstützen.

Auch die MIBRAG strebt an, sich zu einem modernen Energiedienstleister in der Region zu entwickeln und hat dazu das Projekt „Erneuerung MIBRAG im Revier“ (EMIR) gestartet. Ein Meilenstein ist der geplante Windpark Breunsdorf auf der Fläche des Tagebaus Vereinigtes Schleenhain.



Dr. Philipp Nellessen.

Konsens muss Bestand haben

Die deutsche Braunkohleindustrie unterstützt unverändert die Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB), sagte Nellessen. Die Empfehlungen kamen nach langer, intensiver und sachlicher Diskussion zustande. Wohl zu kaum einem anderen politischen Thema fand in den vergangenen Jahrzehnten ein ähnlich umfassender Dialog verschiedener gesellschaftlicher Gruppen statt. Das Ergebnis war und ist ein gesamtgesellschaftlicher Kompromiss, der sich im Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) widerspiegelt. Unternehmen der Braunkohlenindustrie haben nachfolgend einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Bund unterschrieben, der das KVBG nochmals konkretisiert. Das KVBG sieht vor, dass die Bundesregierung bis Mitte August dieses Jahres prüft, welche Auswirkungen eine Verringerung der Kohleverstromung bis Ende 2038 hat. Aus der Sicht des DEBRIV wäre es zweckmäßig, die Checkpoint-Prüfung auf das gesetzlich Beschlossene zu beschränken. Die zusätzliche Frage, ob ein Ausstieg vor 2038 möglich ist, ist im Moment alles andere als entscheidungsreif, erklärte Nellessen.

Die neue Bundesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung einen nochmals beschleunigten Kohleausstieg davon abhängig gemacht, dass der massive Ausbau der erneuerbaren Energien gelingt und hinreichend moderne Gaskraftwerke errichtet werden. Nach den bisherigen Erfahrungen sind erhebliche Zweifel angebracht, ob dies in einem solch kurzen Zeitraum gelingt. Auch kommt der Netzausbau nicht hinreichend voran und noch viel schwieriger ist es, die notwendigen Stromspeicher zu errichten. Völlig offen ist auch, ob das Erdgas, das zusätzlich importiert werden müsste, tatsächlich verfügbar ist.

Aus Sicht der Braunkohleindustrie bleibt wichtig, dass die Bundesregierung Verlässlichkeit schafft. Hinter den Tagebauen und Kraftwerken stehen große Investitionen. Sie lassen sich nur leisten, wenn die Unternehmen über eine ausreichende Zeit planen können. Nochmals vorgezogene Beendigungen würden zudem die Endstände von Tagebauen ändern und können Änderungen von Braunkohleplänen und Betriebsplänen erforderlich machen. Dies wäre ein schwerer Eingriff in die Planungen der Gemeinden, der Regionen und nicht zuletzt auch der Unternehmen. Soweit Umplanungen von Tagebauen notwendig sind,



Download
Rede von Dr. Philipp Nellessen
<https://braunkohle.de/wp-content/uploads/2022/06/Vortrag-Philipp-Nellessen-2022.pdf>

brauchen die Behörden und die Unternehmen ein stabiles Genehmigungsrecht. Dieses Berg- und Umweltrecht muss auf das Ziel der Genehmigung von Rohstoffen ausgelegt sein.

Die Bundesregierung beabsichtigt, den Gasverbrauch in der Stromerzeugung deutlich zu vermindern und gleichzeitig stillzulegende Kohlekraftwerke temporär länger zu nutzen. Diese Maßnahme wäre ein Beitrag, um die Versorgung von Industrie und privaten Haushalten mit Erdgas abzusichern. Dabei würde es sich um eine temporäre Erhöhung der Kohleverstromung handeln, die klimapolitisch verkraftbar wäre.

Für den neuen DEBRIV-Vorstandsvorsitzenden steht die Braunkohleindustrie vor erheblichen Herausforderungen: Der Industriezweig gestaltet den Strukturwandel aktiv mit und beteiligt sich aktiv am Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Braunkohle leistet bis zum Ende der gesetzlich fixierten Nutzung einen wesentlichen Beitrag zur sicheren Energie- und Stromversorgung. Grundlage und Voraussetzung für diese Leistungen bleibt der gesamtgesellschaftliche Kompromiss zur Beendigung der Kohleverstromung bis Ende 2038. „Die Braunkohle vermeidet Versorgungsrisiken. Sie senkt tendenziell Strompreise und entlastet damit Bürger sowie Industriezweige. Die Braunkohle sichert Wohlstand, Arbeit und den sozialen Frieden in den Regionen,“ erklärte Nellessen zusammenfassend.

Diskussionsrunde: Wichtige Rolle der Unternehmen

Thomas Kralinski, Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, setzte sich auf dem diesjährigen Braunkohlentag für Planbarkeit und Verlässlichkeit beim Strukturwandel in den Revieren ein. Der Strukturwandel müsse funktionieren, erklärte Kralinski, aber er verlaufe noch nicht gut und noch nicht schnell genug. Kralinski begrüßte die Erschließung neuer Geschäftsfelder durch die ansässigen Energieunternehmen. „Wir brauchen in Sachsen mehr erneuerbare Energien,“ sagte der Staatssekretär. Zunehmend machen Unternehmen ihre Ansiedlung und ihre Produktion von einem angemessenen Angebot an nachhaltigen Energien abhängig, ergänzte er. Dr. Philipp Nellessen entgegnete, dass die LEAG aktuell neben 100 neuen Auszubildenden 400 Stellen in neuen Geschäftsfeldern ausgeschrieben habe. „Das Ende der Kohleverstromung ist nicht das Ende der LEAG,“ betonte der Manager.

Dr. Hartmut Kühne vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz erläuterte die Auswirkungen der jüngsten Neufassung des Bergrechts 2021. Mit der Verkürzung der Klagewege und der Verlängerung der Hauptbetriebspläne auf bis zu vier Jahre habe die Bundesregierung auf die durch den Kohleausstieg bewirkten Veränderungen reagiert. Eine nochmalige Modernisierung des Bundesberggesetzes sei im Koalitionsvertrag vorgesehen.

Die Bürgermeisterin von Spremberg, **Christine Herntier**, wies auf die zentrale Rolle der Kommunen bei der Gestaltung und Bewältigung des Strukturwandels hin. Doch vielfach fehlen noch Personal und finanzielle Mittel für diese Aufgabe, erklärte Herntier. Die Bürgermeisterin forderte eine Investitionszuschüsse für vor Ort notwendige Investitionen und weniger bürokratische Hürden. Bisher sei die Lausitz nur Energielieferant gewesen. Jetzt bringe man der Region mehr Aufmerksamkeit entgegen.

Sachsen

Ministerpräsident fordert Maßnahmen gegen hohe Energiepreise

Die sächsische Landesregierung hat sich stets, auch in Zeiten sehr kohlekritischer Diskussionen, für die Interessen der Unternehmen und Belegschaften eingesetzt, erklärte der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Radebeul. Die Landesregierung nehme dankbar zur Kenntnis, dass sich Unternehmen und Beschäftigte ausdrücklich und verlässlich für den geordneten und planvollen Ausstieg aus der Braunkohle entschieden haben. Diese positive Grundhaltung zeige, dass die Betroffenen Vertrauen in die Politik haben. Es gehe darum, Probleme zu lösen und für



Staatssekretär Thomas Kralinski.



Ministerpräsident Michael Kretschmer.

Ausgleich zu sorgen. Es sei ein zeitlicher Korridor für die Braunkohle geschaffen worden. Dieses Ergebnis ist, so Kretschmer, der Kommission für Strukturwandel, Wachstum und Beschäftigung zu verdanken. Der Kohleausstieg sei keine politische Machtentscheidung, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Konsens. An diesem Konsensprinzip müsse festgehalten werden. Die Kohleländer haben auch gegenüber der neuen Berliner Regierungskoalition ihre Interessen formuliert. Man sei zunächst auf taube Ohren gestoßen, durch den Ukraine-Krieg habe sich jedoch vieles verändert. Für die Dauer des Konflikts müssen alle Optionen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung offen gehalten werden, sagte Kretschmer. „An hohe Energiepreise können wir uns nicht gewöhnen. Hohe Energiepreise sind toxisch,“ erklärte der Ministerpräsident. Sie reduzieren Kaufkraft, schaffen Besorgnisse in der Bevölkerung, heizen die Inflation an, bedrohen Betriebe und Geschäftsmodelle, zählte Kretschmer auf. Die Absenkung von Steuern und Abgaben könne diese Risiken allein nicht bekämpfen. Es müsse über Versorgungssicherheit zwischen Bund und Ländern gesprochen werden, aber die Krise dürfe nicht auf dem Rücken der ostdeutschen Länder ausgetragen werden. Fest stehe, dass Erdgas die geplante Funktion als Backup-Energie in der Stromversorgung zum Ausgleich der fluktuierenden Erzeugung aus erneuerbaren Energien nicht erfüllen werde. Diese Einsicht sei ein Stück Ehrlichkeit in der Energiepolitik. „Allein mit Erneuerbaren werden wir das deutsche Energiesystem nicht beherrschbar halten,“ sagte Kretschmer. Es waren, so der sächsische Ministerpräsident, 40 bis 50 neue große Gaskraftwerke geplant. Vorrang habe jetzt die Substitution von Erdgas, das vor allem für die Wärmeversorgung und Industrieprozesse gebraucht werde. Deutschland brauche auch zukünftig wirtschaftliche Stärke für den Umbau hin zu einer kohlenstofffreien Wirtschaft und für mehr Sicherheit. Die Braunkohle, so Kretschmer, werde keine Renaissance erleben. „Aber wir sehen aktuell die Notwendigkeit ihres Einsatzes und schätzen die Leistungen der Beschäftigten für die Energieversorgung“, so der Ministerpräsident auf dem diesjährigen Braunkohle Tag. Er sicherte zu, dass 2038 weiterhin als Enddatum für die Kohlenutzung bleibt und andererseits erneuerbare Energien leistungsfähiger und sicherer werden.

Diskussionsrunde: Hohe Energiepreise sind ein Problem

In der an die Rede des sächsischen Ministerpräsidenten anschließenden Diskussionsrunde erinnerte der auf dem diesjährigen Braunkohle Tag neugewählte DEBRIV-Vorstandsvorsitzende, **Dr. Philipp Nellessen**, daran, „dass es klare Warnsignale gab“. Neben der hohen Abhängigkeit von russischen Gasimporten stiegen die Gaspreise bereits 2021 deutlich an. Die kritische Abhängigkeit war bekannt, so Nellessen, und die Vorteile heimischer Energiequellen wurde nicht genug gewürdigt. Der sächsische Ministerpräsident ergänzte: „Wir haben uns an günstige Energielieferungen aus Russland gewöhnt, Erdgasspeicher nicht als staatliche Vorsorge gesehen und die falsche Diskussion über Backupstrukturen und Sicherheit in der Stromversorgung geführt.“

Dr. Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung der MIBRAG GmbH, wies darauf hin, dass vom jährlichen Gesamtverbrauch an Erdgas in Deutschland nur etwa 190 Terawattstunden (TWh) für die Stromerzeugung genutzt werden, der weitaus größere Teil entfalle auf Industrie und Haushalte. Preisanstieg und Verknappung betreffen damit jeden, sagte Eichholz. Aber es gebe nicht genug kontraktfreies LNG auf dem Weltmarkt, um die Abhängigkeit von Russland kurzfristig zu beenden, Änderungen bräuchten Zeit. Gebot der Stunde sei Einarung und Überführung jedes unverbrauchten Kubikmeters in die Speicher. Die Stromerzeugung in Gaskraftwerken könne man drosseln und die Erzeugung von Kohlestrom bedarfsgerecht erweitern. Dazu müssten Kohlekraftwerke länger als geplant laufen und Anlagen aus der Sicherheitsbereitschaft herausgeholt werden. Die Diskussion und die politische Willensbildung darüber sei angelaufen, sagte Eichholz.

Dr. Philipp Nellessen bekräftigte, dass sich die Braunkohlenunternehmen ihrer aktuellen Verantwortung bewusst seien und alles tun, um die Erzeugung hochzufahren. Nellessen wies darauf hin, dass die Kraftwerksblöcke technisch und genehmigungsrechtlich auf die neue Situation vorbereitet sein müssen. Für den notwendigen Vorlauf bedarf es schneller politischer Entscheidungen.



Dr. Armin Eichholz.

Neben der aktuellen Krisenvorsorge müsse auch weiterhin am Umbau der Energieversorgung gearbeitet werden, merkte **Dr. Armin Eichholz** an. Die Verdreifachung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bis 2030 bleibe weiter ambitioniert. Eichholz verwies auf eigene Anstrengungen und forderte die Bundesregierung auf, beim anstehenden Termin für die Überprüfung des Kohleausstiegs die komplexe Gemengelage hinreichend und ausgewogen zu betrachten. In den Unternehmen haben, so Eichholz, die Beschlüsse und Entscheidungen zum Kohleausstieg viel Energie absorbiert. Jetzt werde mit Hochdruck an neuen Geschäfts- und Handlungsfeldern gearbeitet. Die MIBRAG verfolge ein vierstufiges Konzept, das neue Wind- und PV-Parks umfasse und für die Mitte der 2020er Jahre den Einstieg in die Wasserstoffelektrolyse zur Produktion für grüne Grund- und Kraftstoffe vorsehe. Der Zeithorizont orientiere sich am Kohleausstiegsgesetz mit dem Enddatum 2038.

Philipp Nellessen erinnerte daran, dass die Bundesregierung zum 15.8. des laufenden Jahres erstmals eine Überprüfung des Kohleausstiegs vornehmen müsse. Zu dieser Prüfung gehören die Themen Preise, Versorgungssicherheit und Sozialverträglichkeit. Nellessen bezweifelte, ob die aktuelle Situation die Diskussion über einen vorgezogenen Kohleausstieg rechtfertige. „Wir haben die eindeutige Meinung, es ist nicht die richtige Zeit für Vorziehen des Ausstiegs,“ sagte der neue DEBRIV-Vorstandsvorsitzende.

Braunkohlentag 2022

Dank an Helmar Rendez

Anlässlich seiner Begrüßung zum Braunkohlentag 2022 wies DEBRIV-Hauptgeschäftsführer Dr. Thorsten Diercks darauf hin, dass der traditionelle Braunkohlentag 2020 gar nicht und 2021 nur als Viedostream durchgeführt wurde. Diercks dankte dem sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer für seine persönliche Teilnahme am diesjährigen Braunkohlentag in Radebeul. Die Braunkohle, so Diercks, habe viele Stärken und sei der einzige fossile Energieträger, den Deutschland nicht importieren muss. Braunkohle sei reichlich vorhanden und benötige keine Subventionen. Das, so Diercks, war auch vor der Ukraine-Krise so, diese Stärken würden aber jetzt wieder angemessen wahrgenommen. Der nicht unerhebliche Teil, den die Braunkohle zur Stromversorgung beitrage, macht sie zum Teil der kritischen Infrastruktur. Daraus, so der DEBRIV-Hauptgeschäftsführer, ergibt sich eine Verantwortung, die die Braunkohleindustrie bisher stets angenommen hat. Dies gelte auch für den kommenden Winter. Die deutsche Braunkohleindustrie stehe weiter zum gesamtgesellschaftlichen Kompromiss, „der uns bis Ende 2038 im deutschen Energie- und Strommix sieht,“ sagte Diercks.

Der neue DEBRIV-Vorstandsvorsitzende, Dr. Philipp Nellessen, bedankte sich beim bisherigen Vorsitzenden und seinem Vorgänger, Dr. Helmar Rendez für dessen geleistete Arbeit. Helmar Rendez habe die gemeinsamen Braunkohleinteressen kompetent und verlässlich vertreten und durch vielfältige Aktivitäten immer wieder die Interessen aus allen Revieren zusammengeführt. Seine Arbeit im BDI-Präsidium und die vielfältigen persönlichen Kontakte zur Politik habe der Braunkohle ein Gesicht gegeben. „Im Namen des DEBRIV und seiner Mitglieder herzlichen Dank, alles Gute für die Zukunft und ein herzliches Glückauf,“ sagte der neue DEBRIV-Vorstandsvorsitzende. Dr. Helmar Rendez führte in seiner Abschlussrede aus, dass die Braunkohlereviere immer wieder im Einklang mit Gewerkschaften und den Regierungen der Kohleländer die Bedeutung einer gesicherten Strom- und Wärmeversorgung betont haben. Angesichts der aktuellen Probleme bei der Rohstoffversorgung werde die Braunkohle gebraucht. Am beschlossenen und planmäßigen Ausstieg aus der Nutzung der Braunkohle bis Ende 2038 ändere die aktuelle Lage derzeit nichts. Rendez plädierte für eine „Politik der Vernunft auf Bundesebene, vielleicht auch auf EU-Ebene“.

«Wir haben die falsche Diskussion geführt.»

MICHAEL KRETSCHMER



Dr. Helmar Rendez.



Download
DEBRIV-Pressemitteilung zum Braunkohlentag
<https://braunkohle.de/der-verein/braunkohlentag/>



Vladimír Budinský.



Download
Vortrag des EURACOAL-Präsidenten
<https://braunkohle.de/wp-content/uploads/2022/06/Kurzfassung-Vladimir-Budinsky-2022.pdf>



Bernd Sablotny.



Download
Folienvortrag von Bernd Sablotny
<https://braunkohle.de/wp-content/uploads/2022/06/Folienvortrag-Bernd-Sablotny-2022.pdf>

Europa

Die Kohle als Übergangsenergie nutzen

Vladimír Budinský MBA, Präsident des Verbandes der europäischen Kohleindustrie, EURACOAL, verwies auf die engen Verbindungen seines Verbandes zum Bergbau und zur Stromversorgung in der Ukraine. EURACOAL hat zwei ukrainische Mitglieder, DTEK und Donetsksteel, die beide aus der Donbass-Region stammen. 2021 war DTEK Gastgeber der EURACOAL-Jahrestagung in Kiew. Seit der russischen Invasion arbeitet DTEK unter schwierigsten und sehr gefährlichen Bedingungen daran, die Stromversorgung des Landes zu sichern. Die Kohle war und ist dabei unverzichtbar, sagte Budinský und verwies auf die enge Kooperation der Ukraine mit den polnischen EURACOAL-Mitgliedsunternehmen.

Der Ukraine-Konflikt habe die Energiepolitik der EU in den Grundfesten erschüttert, stellte der EURACOAL-Präsident fest. Bisher habe die Klimapolitik die öffentliche Diskussion bestimmt und viele EU-Mitgliedstaaten haben Pläne für einen Kohleausstieg angekündigt oder bereits vorgelegt. Jetzt bewerten viele Bürger die Energiesicherheit und die Energiepreise neu und anders. Braunkohle bietet Lösungsbeiträge: Sie ist ein wettbewerbsfähiger und heimischer Energieträger. Der Vizepräsident der Europäischen Kommission kann sich vorstellen, dass die Mitgliedstaaten die Kohle länger nutzen dürfen, wenn sie zugleich mehr in erneuerbare Energien investieren, berichtete Budinský. Deshalb sollten saubere Kohletechnologien nicht unbeachtet bleiben. Seit 1990 sind die CO₂-Emissionen aus der Nutzung fossiler Brennstoffe in der EU um etwa ein Viertel gesunken. Im gleichen Zeitraum ging die Braunkohleförderung um 60 Prozent zurück.

Nach dem pandemiebedingten Einbruch hat sich die Nutzung der Braunkohle in der EU im vergangenen Jahr um 12,5 Prozent auf 275 Millionen Tonnen erhöht. In diesem Jahr ist weiter mit einer starken Nachfrage nach Braunkohle zu rechnen, weil Kernkraftwerke abgeschaltet oder zeitweilig vom Netz gegangen sind und die Stromerzeugung in Gaskraftwerken rückläufig ist. Andererseits haben die meisten EU-Mitgliedstaaten beschlossen, aus der Kohleverstromung auszusteigen und die EU-Kommission hält am Europäischen Green Deal fest. Das Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2030 um 55 Prozent zu senken, wurde in einem europäischen Klimagesetz festgeschrieben. Auch das Fit-for-55-Paket stellt eine Bedrohung für die Kohle dar. Seit Dezember vergangenen Jahres verfolgt die Kommission eine Strategie zur Reduktion der Methanemissionen, die vor allem der Steinkohlenindustrie enorme Belastungen aufbürden würde. Vor diesem regulatorischen Hintergrund muss die Kohlebranche ihren langfristigen Strukturwandel fortsetzen. Das Emissionshandelssystem hat zu enormen Mehrkosten für die Kohleverbraucher geführt: Die CO₂-Preise in der EU haben sich im vergangenen Jahr verdreifacht. Die vorgeschlagenen Änderungen an der ETS-Richtlinie werden die Lage weiter verschärfen. „Gleichzeitig ist unser Sektor für die Energiesicherheit wichtiger denn je. EURACOAL wird sich daher weiterhin dafür einsetzen, dass der Kohleindustrie keine zusätzlichen Lasten aufgebürdet werden,“ sagte der EURACOAL-Präsident.

Strukturwandel

Flächen aus der Bergaufsicht entlassen

Bernd Sablotny, Sprecher der Geschäftsführung und technischer Geschäftsführer der LMBV, beleuchtete auf dem diesjährigen Braunkohlentag die Rolle und Bedeutung der LMBV in den zurückliegenden drei Jahrzehnten sowie für die künftige Strukturentwicklung in den ostdeutschen Bergbaurevieren einschließlich der Region Helmstedt. Die jährliche Braunkohlegewinnung habe in der früheren DDR über 300 Millionen Tonnen (Mio. t) betragen, erinnerte Sablotny. In kürzester Zeit sei diese Menge um 200 Mio. t gekürzt worden. Es verblieben 32 Tagebaubereiche mit 1.200 Kilometer Böschungen, ein Grundwasserdefizit von 13 Milliarden Kubikmeter sowie ein Auslaufbergbau in fünf Tagebauen. Dazu kamen 46 Veredlungs- und 42 Kraftwerksstandorte mit insgesamt 1.200 Altlasten-Verdachtsflächen. Es gab keine geordnete Auslauf- oder Anpassungsphase und weite Bereiche unsanierter, das heißt nicht rekultivierter Kippenflächen. Der Strukturwandel

im Zuge der Wiedervereinigung kam kurzfristig und heftig, fasst Sablotny die historische Entwicklung zusammen.

Die für den zukünftigen Strukturwandel in den ostdeutschen Kohlerevieren wichtige Verwertung der Liegenschaften startete 1995 mit insgesamt 97.000 Hektar (ha). Derzeit befinden sich noch rund 31.000 ha in Verantwortung der LMBV. Es gäbe viele Anfragen nach Ausgleichsflächen, sagte Sablotny. Circa die Hälfte dieser Flächen habe die LMBV aber nur noch in der Verwaltung; rund 17.000 ha gehen auf Grundlage der Gewässerrahmenvereinbarungen mit Sachsen und Brandenburg sowie des Nationalen Naturerbes perspektivisch auf die Länder über. Dazu gibt es derzeit noch 10.000 ha Sanierungsflächen. Vor allem im Bereich von Innenkippen sind noch viele Flächen gesperrt, sagte Sablotny. Damit stehen zur Zeit nur etwa 1.700 ha für eine aktive Verwertung zur Verfügung.

Von ursprünglich 84.000 ha stehen noch 75.000 ha unter Bergaufsicht. Die Entlassung aus der Bergaufsicht sei eine wichtige Voraussetzung für die weitere Nutzung und ein Indikator für den Sanierungserfolg. Voraussetzung sei aber, dass keine Gefahren mehr von den Flächen ausgehen. Bei den Gewässern gibt es nach den Worten des LMBV-Sprechers noch erhebliche Aufgaben. Die neu geschaffenen Gewässer müssen dauerhaft reguliert werden. Insgesamt habe sich die Grundwassersituation bereits beträchtlich verbessert. Für dauerhafte Verpflichtungen, insbesondere die Bewirtschaftung und Regulierung der Gewässer, fallen derzeit bei der LMBV Kosten in Höhe von 80 bis 90 Millionen Euro (Mio. Euro) pro Jahr an, davon entfallen etwa 50 Mio. Euro auf die Lausitz. Den Aufwand für die Sicherung von Innenkippen gab Sablotny mit etwa 3 Milliarden Euro an. Derzeit werden die Maßnahmen priorisiert und neue Verfahren zur Sicherung entwickelt. Mit Blick auf den Kohleausstieg bis 2038 stimmt die LMBV ihre Planungen mit den aktiven Bergbauunternehmen neu ab. Auf den absehbar höheren Fachkräftebedarf habe man mit Aussetzung der bisherigen Altersteilzeitregelungen reagiert.

Diskussionsrunde: Strukturwandel mit unterschiedlichem Tempo

Im rheinischen Revier werde der Strukturwandel in Verantwortung zahlreicher Institutionen sehr dynamisch vorangetrieben, erklärte **Michael Eyll-Vetter** von der RWE Power AG in der Diskussionsrunde zum Strukturwandel in den Kohlerevieren auf dem diesjährigen Braunkohletag in Radebeul. Im Rheinland sollen vor allem die Stärken der bereits tätigen Unternehmen für den Strukturwandel genutzt werden. Die hochwertige Wiedernutzbarmachung ehemaliger Bergbauflächen sei bedeutsam für die Region. Wenn Standorte frei werden, achte RWE Power darauf, diese in die Zukunftsentwicklung einzubringen. Rekultivierte Tagebauflächen werden im Rheinland intensiv und gemeinsam mit den Kommunen für den Ausbau der erneuerbaren Energien genutzt. Der Strukturwandel im Rheinland werde übergreifend durch die Zukunftsagentur Rheinisches Revier koordiniert. Daneben gibt es zahlreiche regionale Kooperationen sowie Initiativen im Umfeld der Tagebaue. Als Beispiele nannte Eyll-Vetter den Geothermie-Standort Weisweiler sowie das Innovationszentrum am Kraftwerksstandort Niederaussem, wo die CO₂-Kreislaufwirtschaft und die Phosphorrückgewinnung aus Klärschlämmen erforscht wird. Um die Herausforderungen des Strukturwandels zu bewältigen, gelte es die ehemaligen Bergbauflächen aus der bergrechtlichen Aufsicht in die Regionalplanung zu überführen, damit die rekultivierten Flächen schnell für die Ansiedlung neuer Unternehmen mit hohen Arbeitsplatzzahlen genutzt werden können.

Thomas Hörtinger von der LEAG erklärte, der Strukturwandel sei speziell in der Lausitz ein komplexer und vielschichtiger Prozess. In Städten wie Cottbus habe der Strukturwandel sehr schnell Fahrt aufgenommen, in der Fläche gehe es etwas langsamer. „Energie bleibt die DNA der LEAG“, erklärte Hörtinger. Zusätzlich zum Bergbau und den Kohlekraftwerken werde das Unternehmen bis 2030 bis zu 7 Gigawatt erneuerbare Stromerzeugungskapazitäten aufbauen. Damit sichere sich das Unternehmen eine bewährte und eine neue Wertschöpfungskette. Mit Speicherkraftwerken an den Standorten Boxberg und Jänschwalde reagiere das Unternehmen auf künftige Anforderungen an die Netzlast. Eine Klärschlammmonoverbrennung am Standort Jänschwalde sowie weitere Aktivitäten im Bereich der Abfallentsorgung und der Bau von größeren Gaskraftwerken zur Deckung der Residuallast sind in Planung oder Vorbereitung.



Michael Eyll-Vetter.



Thomas Hörtinger.



Thomas Lehmann.

Thomas Lehmann von der MIBRAG sieht einen wichtigen Schwerpunkt des Strukturwandels in Mitteldeutschland bei der Schaffung neuer zukunftssicherer Industriearbeitsplätze. Die MIBRAG werde auf den bisherigen Infrastrukturen aufbauen, zum Beispiel beim gut ausgebauten Stromnetz. Rekultivierte Bergbauflächen werden vor allem für erneuerbare Energien genutzt. Die MIBRAG plane eine „Strategie der robusten Schritte“, sagte Lehmann. In einem ersten Schritt wird das Unternehmen zwei 150-Megawatt-Windparks sowie zwei PV-Parks mit je 37 Megawatt Leistung errichten. Ausbauziel seien 300 bis 350 MW Stromerzeugungskapazitäten auf der Basis erneuerbarer Energien. Der erzeugte Strom soll Anlagen zur Herstellung von Wasserstoff, Methanol und grüne Kraftstoffe versorgen. Mitteldeutschland verfüge über eine gute Industrie- und Infrastruktur, in die sich die MIBRAG-Aktivitäten gut integrieren lassen, aber es brauche Zeit für die Umsetzung.

Versorgungssicherheit

Bereithaltung von Kohlekraftwerken beschlossen

Um die angespannte Lage auf den Energiemärkten zu entlasten, haben Bundestag und Bundesrat am 7. bzw. 8. Juli einen Gesetzentwurf zur Bereithaltung von Ersatzkraftwerken und zur Reduzierung des Gasverbrauchs im Stromsektor angenommen. Ziel des sogenannten Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetzes (EKBG) ist es, dem Strommarkt für einen befristeten Zeitraum zusätzliche Erzeugungskapazitäten mit den Energieträgern Stein- und Braunkohle sowie Mineralöl zur Verfügung zu stellen. Dazu sollen Kraftwerke genutzt werden, die gegenwärtig nur eingeschränkt verfügbar sind, demnächst stillgelegt würden oder sich in einer Reserve befinden. Da davon auszugehen ist, dass es sich um eine vorübergehende Lage handelt, werden die Maßnahmen befristet. Außerdem kehren die Kraftwerke nur dann in den Strommarkt zurück, wenn dies erforderlich ist, um eine Gefährdung des Gasversorgungssystems abzuwenden. Vorgesehen ist, dass die derzeit in der Sicherheitsbereitschaft nach § 13g EnWG stehenden Kraftwerksblöcke Niederaußem E + F, Neurath C sowie Jänschwalde E + F ab dem 1.10.2022 bis zum 31.03.2024 in eine Versorgungsreserve überführt werden und bei Bedarf wieder am Strommarkt teilnehmen können, um Erdgas in der Stromerzeugung zu ersetzen. Voraussetzung für die Teilnahme der Kraftwerksblöcke am Strommarkt ist nach dem neuen § 50d EnWG dabei zum einen „die Prüfung und Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung“ und zum anderen die Feststellung, dass die Kapazitäten der Steinkohle- und Mineralölanlagen, die „befristet am Strommarkt teilnehmen, nicht ausreicht, um die Versorgung mit Gas gewährleisten zu können.“



Download Gesetzentwurf
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/023/2002356.pdf>

Nordrhein-Westfalen

Neue Landesregierung legt Koalitionsvertrag vor

Die neue schwarz-grüne Regierungskoalition in Nordrhein-Westfalen möchte den Kohleausstieg an Rhein und Ruhr bis 2030 umsetzen. Dazu, so die einschränkende Formulierung im jetzt vorgelegten neuen Koalitionsvertrag, müssen die „rechtlichen und finanziellen Grundlagen zum Kohleausstieg auf Bundesebene entsprechend angepasst werden“. Die bestehenden Regelungen, die den sozialverträglichen Personalabbau im Rahmen des Kohleausstiegs ermöglichen, müssen auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelten, die von einem weiter beschleunigten Kohleausstieg betroffen wären, heißt es weiter. Die Versorgungssicherheit müsse im Zusammenwirken mit der Bundesregierung zu jedem Zeitpunkt gewährleistet bleiben. Bis zum Ende der Kohlenutzung werde die Braunkohle dazu angesichts des Ukrainekrieges ihren Beitrag leisten. Notwendig sei eine durchgehende Genehmigungssicherheit der Tagebaue und Kraftwerke. Mit einer neuen Leitentscheidung will die neue Landesregierung „für Klarheit und Sicherheit für die Menschen im Rheinischen Revier“ sorgen. Mit dem bergbautreibenden Unternehmen soll ein Einvernehmen darüber hergestellt werden, welche Tagebauflächen bis zur Fertigstellung der neuen Leitentscheidung noch genutzt und welche anderweitigen Eingriffe bis dahin noch erfolgen werden. Die Dörfer des sogenannten dritten Umsiedlungsabschnitts sollen, abweichend von der bisherigen Leitentscheidung, erhalten bleiben. Die Tagebauplanung für den Tagebau Garzweiler müsse dementsprechend zeitnah angepasst werden.



Download
NRW-Koalitionsvereinbarung
https://www.cdu-nrw.de/sites/www.neu.cdu-nrw.de/files/zukunftsvertrag_cdu-grune.pdf

IMPRESSUM

Herausgeber
DEBRIV - Bundesverband Braunkohle
Am Schillertheater 4 - 10625 Berlin
Dr. Thorsten Diercks
t + 49 30 315182-22

Internet: www.braunkohle.de



DEBRIV@BDebriv

Redaktionsschluss: 08.07.2022
Druckauflage: 3.000 Exemplare